

## Meine Woche im Landtag



**Liebe Leserinnen und Leser,**

die massiven **Hochwasserschäden** haben uns auch in dieser Woche weiter beschäftigt. Für uns steht fest, dass Soforthilfe schnell und unbürokratisch gewährt werden muss. Der Freistaat Bayern soll sich dafür einsetzen, dass die Opfer der Hochwasserkatastrophe möglichst viele verschiedene finanzielle Ressourcen in Anspruch nehmen können. Die Geschädigten sollen auch Gelder des Fluthilfefonds aus dem Jahr 2013 beziehen können. Ursprünglich hat dieser acht Milliarden

Euro umfasst, Medienberichten zufolge sind davon noch immer rund vier Milliarden Euro vorhanden.

In unserem eingereichten Dringlichkeitsantrag fordern wir außerdem, dass auch Gelder aus dem Europäischen Solidaritätsfonds zur Beseitigung der Schäden im öffentlichen Raum nach Bayern fließen. Ferner muss sichergestellt werden, dass den Kommunen im Rahmen der Förderprogramme und Zuweisungen nach dem Finanzausgleichgesetz außergewöhnliche Kosten für Personal – insbesondere Bauhofpersonal – sowie die Kosten für die Wiederherstellung der Infrastruktur ersetzt werden.

Ihr



Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

## R ü c k b l i c k

Auf einer Pressekonferenz haben wir diese Woche noch einmal eine stärkere finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der Bewältigung der **Flüchtlings- und Asylsituation** in Deutschland gefordert. Diese ist primär Aufgabe des Bundes und des Freistaats Bayern. Unsere Gemeinden, Städte und Landkreise dürfen daher nicht auf den Mehrkosten sitzen bleiben, die ihnen durch Zuwanderung und Integration der Flüchtlinge und Asylbewerber entstehen. Bislang sind den Kommunen wegen Zuwanderung und Integration schon ungedeckte Kosten von knapp einer Milliarde Euro entstanden. Auch 2016 werden Städte, Gemeinden und Landkreise wieder viel Geld für die Integration von Zuwanderern aufwenden. Diese Kosten müssen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs erstattet werden, da ansonsten auch Kommunen Zuwendungen erhielten, die gar keine Flüchtlinge aufgenommen haben. Dabei muss jedem bewusst sein: Integration kann nur vor Ort in den Kommunen gelingen – in den Schulen, in Vereinen oder durch das Engagement der Ehrenamtlichen.

Wie geht es mit der **Lebensmittelüberwachung** in Bayern weiter? Klar ist, dass wir eine Verbesserung der Strukturen brauchen. Dies haben die jüngsten Lebensmittelkandale gezeigt. Ein Gutachten des Obersten Rechnungshofes zur Struktur und Organisation des amtlichen Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung schlägt verschiedene Modelle einer Neuorganisation vor. Wir fordern in einem Dringlichkeitsantrag, die Zuständigkeit für die Kontrolle von regionalen Kleinbetrieben bei den Kreisverwaltungsbehörden zu belassen.

**Notärzte müssen das Recht zur Erteilung eines Platzverweises erhalten!** Nach der gegenwärtigen Rechtslage haben Notärzte keine Möglichkeiten, schaulustige Gaffer vom Einsatzort zu verweisen, um die Privatsphäre und Würde der Verletzten zu schützen. Sind Vertreter von Polizei oder Feuerwehr anwesend, können diese einen Platzverweis aussprechen. Ist der Notarzt aber allein vor Ort, hat er diese Möglichkeit

nicht. Wir wollen nun über einen Antrag eine gesetzliche Befugnis für Notärzte zu schaffen, nach der diese während ihres Einsatzes einen Platzverweis gegenüber störenden Schaulustigen aussprechen können, wenn Polizei und Feuerwehr nicht anwesend sind.

**Der Beschluss des Bundeskabinetts zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist unserer Ansicht nach energiewendefeindlich.**

Daher fordern wir die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für Änderungen am derzeitigen EEG-Entwurf einzusetzen. Der Systemwechsel hin zu einem Ausschreibungsmodell benachteiligt vor allem Bürgerenergieanlagen, also ausgerechnet die Anlagen, die bisher vor Ort die größte Akzeptanz erfahren haben. Das Risiko, bei der Ausschreibung keinen Zuschlag zu erhalten, wird auch durch die vorgesehenen Erleichterungen im Ausschreibungsverfahren für solche Projekte nicht kompensiert. Außerdem stellt die vorgesehene Einmaldegression für bereits genehmigte Windenergieanlagen einen massiven Vertrauensbruch dar. Das im Kabinettsbeschluss vorgesehene Referenzertragsmodell benachteiligt einmal mehr Standorte im Binnenland mit einem Referenzertrag zwischen 60 und 70 Prozent.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ ging es am vergangenen Montag in Wörth am Main um die **Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA**. Nähere Details finden Sie in meiner aktuellen Pressemeldung <http://goo.gl/etXpZ6>. Auch das Main-Echo berichtete in seiner Freitagsausgabe (am 10.06.2016) ausführlich darüber.



Auf meine Initiative hin wurden in dieser Woche die Möglichkeiten eines **Einwanderungsgesetzes** diskutiert. Die Bevölkerung in Deutschland wird nach Expertenaussagen in den kommenden 20 Jahren um bis zu zehn Millionen Menschen schrumpfen. Eine Verschärfung des Fachkräftemangels ist zu befürchten. Neben der dringend nötigen besseren Qualifizierung

einheimischer Arbeitssuchender ist auch gezielte Zuwanderung eine Option. Ein nach unseren Vorgaben gesteuerter Zuzug hochqualifizierter junger Menschen nach Deutschland muss deshalb nach meiner Meinung gesetzlich geregelt werden. Weitere Informationen hierzu finden Sie in meiner aktuellen Pressemeldung <http://goo.gl/ByNVEZ>.

## V o r s c h a u

In der nächsten Sitzung des Umweltausschusses gibt das Umweltministerium einen Bericht zur **Hochwassersituation** in Niederbayern, Oberfranken und Mittelfranken.

Der Fall des Bosniers, der sich in seinem Heimatland für die Rettung eines schwerst misshandelten deutschen Mädchens eingesetzt hat und daraufhin selbst fliehen musste, beschäftigt seit Monaten die Menschen in ganz Bayern. Am vergangenen Mittwoch hat sich unser Abgeordneter Benno Zierer bereits für ein **Bleiberecht** des Familienvaters in Deutschland stark gemacht. Am kommenden Dienstag wird der Fall nun im Plenum behandelt. Wir werden uns auch dort dafür einsetzen, dass die Familie, die Zivilcourage gezeigt hat und deshalb ihre Heimat verloren hat, hier ein neues Zuhause findet.

In einer Gemeinschaftsveranstaltung am kommenden Donnerstag, 16.06., um 19:00 Uhr im Bachsaal der Aschaffener Christuskirche (Pfaffengasse 13) geht es in einem Dokumentarfilm um die Chancen und Risiken der geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA. Neben weiteren Referenten werde auch ich bei der Veranstaltung im Rahmen der Podiumsdiskussion Rede und Antwort stehen. Die Veranstaltung ist kostenlos. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

---

### Impressum

**Verantwortlich nach §5 TMG:**

**Dr. Hans Jürgen Fahn**  
Justin-Kirchgäßner-Str. 11  
63906 Erlenbach am Main  
Tel.: 09372 6985  
E-Mail: [dr.fahn@onlinehome.de](mailto:dr.fahn@onlinehome.de)